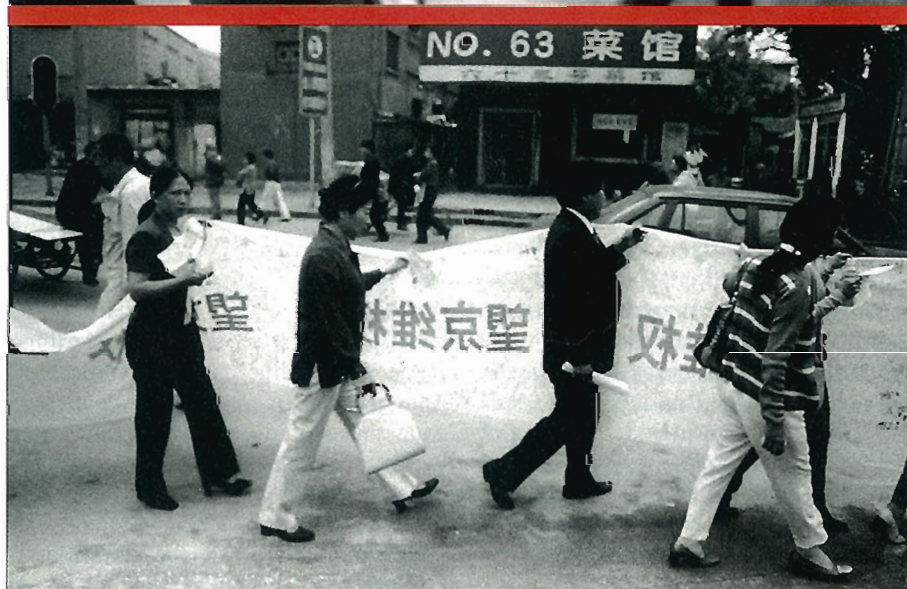
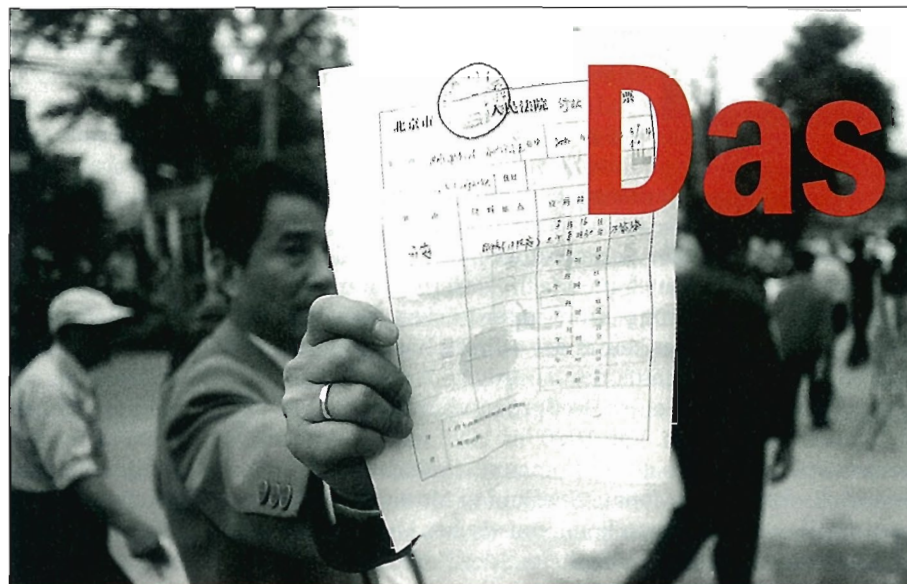


Immer häufiger setzen sich chinesische Bauern, Arbeiter und Stadtbewohner zur Wehr, wenn sie von ihrem Land vertrieben werden oder ihre Arbeit oder Wohnung verlieren sollen. Die Proteste sind zahlreicher, gewalttätiger und mutiger geworden. Doch auch die autoritäre Führung in Peking reagiert inzwischen flexibler, zumindest solange das Machtmonopol der KP nicht in Frage gestellt ist.





# Ende der Geduld

In den Morgenstunden des 18. Januar 2007 dringen mehrere Hundertschaften der Volkspolizei in das Dorf Sanshan in der Provinz Guangdong ein und räumen ein Camp protestierender Bauern. Laut Augenzeugenberichten<sup>1</sup> setzen die Polizisten wahllos Schlagstöcke ein. Zelte werden zerstört und Transparente abgerissen, einschließlich eines Porträts von Mao Tse-tung. Mehr als vierzig Menschen werden festgenommen.

Mit dem zwei Wochen zuvor aufgebauten Camp protestierten Bauern gegen die Landnahme der Behörden. Die hatten die 26 Hektar große Fläche, auf der das Camp errichtet worden war, den Bauern weggenommen und an einen US-Logistikkonzern verkauft. Die Bauern klagen, sie seien viel zu gering oder gar nicht entschädigt worden. Nach Auskunft ihres Anwalts sind die Enteignungen gesetzeswidrig und ohne Genehmigung höherer Stellen erfolgt. Dabei geht es gar nicht um Enteignung im juristischen Sinne – in China gibt es keinen privaten Grundbesitz –, sondern um die vorzeitige und gering entschädigte Kündigung langfristiger Bodennutzungsrechte und um deren Verkauf an einen ausländischen Investor. Dafür wird Acker- in Industrieland umgewandelt. Lokalbehörden und lokale Kader machen das äußerst lukrative Geschäft und profitieren außerdem nicht selten persönlich von Korruptions- und Bestechungsgeldern, während Bauern die Leidtragenden sind.

Bereits im Mai 2005 hatten laut einem Hongkonger Medienbericht 4000 Polizisten in Sanshan die Ernte auf den Feldern vernichtet, um die Enteignungen durchzusetzen. Die umstrittenen 26 Hektar Land sind nur ein Teil der insgesamt 1200 Hektar, deren Umwandlung in Industrieland die Behörden gegen den Willen der Bauern beschlossen hatten.

Der Konflikt in Sanshan zeigt beispielhaft die alltäglichen Landkonflikte im heutigen China. Manche ziehen sich über Jahre hin und werden mit aller Härte ausgetragen. So nahmen im Dorf Dongzhou, ebenfalls in Guangdong, verzweifelte Bauern im Dezember 2006 acht Beamte mehrere Tage lang als Geiseln. Vorausgegangen war die Festnahme eines dörflichen Aktivisten. In dem Dorf waren zuvor mindestens drei Bauern von der Polizei erschossen worden, als diese gewaltsam 10.000 Demonstranten auseinander trieb. Die Bauern hatten gegen zu niedrige Entschädigungen protestiert.

Im Dorf Shengyou (Provinz Hebei) heuerten im Juni 2005 lokale Kader sogar eigens 300 Schläger an. Sie

griffen die Bauern, die gegen den Bau einer Fabrik auf ihren Feldern protestierten, brutal an. Sechs Bauern wurden getötet, mehr als fünfzig schwer verletzt. Weil jemand den Angriff filmte und im Internet veröffentlichte, verloren in diesem Fall die verantwortlichen Kader sogar ihre Posten.

Ein Vizeminister in Peking räumte kürzlich ein, dass Landnutzungskonflikte die Ursache für die Hälfte aller Proteste in ländlichen Gebieten seien. Schätzungen zufolge würden bis 2010 etwa 15 Millionen chinesische Bauern wegen Landumwandlung von Vertreibung bedroht. Weitere 30 Prozent der bäuerlichen Proteste machten sich laut dem Vizeminister an Korruption und Zweckentfremdung öffentlicher Mittel fest, die restlichen 20 Prozent wendeten sich gegen Umweltverschmutzung.<sup>2</sup>

Die steigende Zahl der Massenproteste stellt die größte Gefahr für die Stabilität des Landes dar, warnte Ende 2006 die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua.<sup>3</sup> Die Agentur, die der KP-Propagandaabteilung untersteht, erwähnt Proteste sonst nur selten. Nach offiziellen Angaben stieg die Zahl gemeinsamer öffentlicher Proteste landesweit von 8700 im Jahr 1993 auf 87.000 in 2005 (siehe Tabelle Seite 64). Sie verzehnfachten sich damit in zwölf Jahren und stiegen pro Provinz im Schnitt auf über sieben Proteste am Tag an. 2004 sollen landesweit an Protesten 3,7 Millionen Menschen teilgenommen haben gegenüber 700.000 im Jahr 1993.

Die offiziellen Zahlen der chinesischen Führung sind natürlich mit Vorsicht zu genießen. Auch ihre Erfassungskriterien sind nicht transparent. Doch am alarmierenden Trend besteht zumindest bis 2005 kein Zweifel. Für die erste Jahreshälfte 2006 wird dagegen erstmals ein Rückgang auf 39.000 »Vorfälle mit Massencharakter« gemeldet. Das sind für Xinhua immer noch genug, um warnend darauf hinzuweisen, dass die Führung in Peking zunehmend an ihrem Umgang mit den Protesten gemessen werde.

»Ein Grund für die vielen Proteste ist, dass die Menschen keine Gerechtigkeit spüren. Denn unsere Gerichte haben sich gegenüber der Regierung und nicht gegenüber der Bevölkerung zu verantworten«, meint der bekannte Pekinger Umweltaktivist Wen Bo. Auch interveniere die Regierung in die Verfahren, indem sie beispielsweise in bestimmten Fällen das Strafmaß von vornherein festlege. Zu öffentlichen Protesten oder gar Straßen- und Eisenbahnblockaden kommt es meist erst,

## Von Sven Hansen

Sven Hansen ist Asienredakteur der tageszeitung (taz) in Berlin.

1 | Zitiert von *South China Morning Post*: »1.000 riot police deployed, protesters say«; 19. Januar 2007, und *Radio Free Asia*: »Police Raid Guangdong Village, Detain Land Protesters«, 18. Januar 2007

2 | »Land-seizure rows the main cause of rural unrest in '06«, *South China Morning Post*, 31. Januar 2007, und: »Watchdog set up to stop rampant illegal conversion of farmland«, *South China Morning Post*, 25. Juli 2006

3 | Laut Reuters, 8. Dezember 2006

◀ Pächter des Wangjing New Town Gebäudekomplexes in Peking fühlen sich von der Immobilienfirma betrogen und unterstreichen ihre Justizklage mit einer Demonstration vor dem Gerichtsgebäude. Ein Pächter zeigt eine Kopie seiner bei Gericht eingereichten Klageschrift (oben). Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude vor der Urteilsverkündung (Mitte). Eine Frau demonstriert in dem betroffenen Viertel im März 2002 (unten).

FOTOS: KATHARINA HESSE

wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft und die Betroffenen völlig verzweifelt und mit ihrer Geduld am Ende sind.

Parallel zum Anstieg der Proteste stieg auch die Zahl der Petitionen, Zivilklagen und Arbeitsprozesse an.<sup>4</sup> Auch bemühen sich Demonstranten um Rückendeckung durch die Medien. Die dürfen jedoch oft überhaupt nicht berichten oder höchstens die offizielle Sicht verbreiten. In Zeiten des Internet und der Handy-Kommunikation, die auch die Organisation der Proteste deutlich erleichtern, lässt sich jedoch kaum noch verhindern, dass Informationen über Proteste kursieren.

Ein Problem für die Regierung sind auch Proteste unzufriedener Arbeiter. Sie demonstrieren gegen Entlassungen, zu geringe Abfindungen oder nicht gezahlte Löhne. Von der offiziellen Gewerkschaft, die der Partei als Kontrollorgan dient, können Arbeiter keine Hilfe erwarten. Allein von 1999 bis 2004 wurden bei der Reform von Staatsbetrieben 27,8 Millionen Arbeiter »freigesetzt«, in den letzten beiden Jahren dürften weitere 6 Millionen hinzugekommen sein.<sup>5</sup> 2002 kam es in Nordostchina im sogenannten Rostgürtel mit seinen maroden Schwerindustriekombinaten mehrfach zu größeren Arbeiterprotesten mit zehntausenden Teilnehmern, die sich sogar aus verschiedenen Betrieben rekrutierten.

In den letzten Jahren nahmen die Arbeiterproteste wieder ab und konzentrierten sich auf einzelne, hauptsächlich private Betriebe. Dort wie in den Sonderwirtschaftszonen arbeiten viele der rund 150 Millionen Wanderarbeiter. Sie sind rechtlos, deshalb leicht auszubeuten, bekommen oft ihre Löhne nicht ausbezahlt und müssen ihre Arbeit unter elenden Bedingungen verrichten. »Die Regierung ist etwas toleranter gegenüber Arbeiterprotesten in der Privatindustrie, weil sich diese zunächst gegen die Arbeitgeber und nicht wie in den Staatsbetrieben direkt gegen lokale Kader richten«,

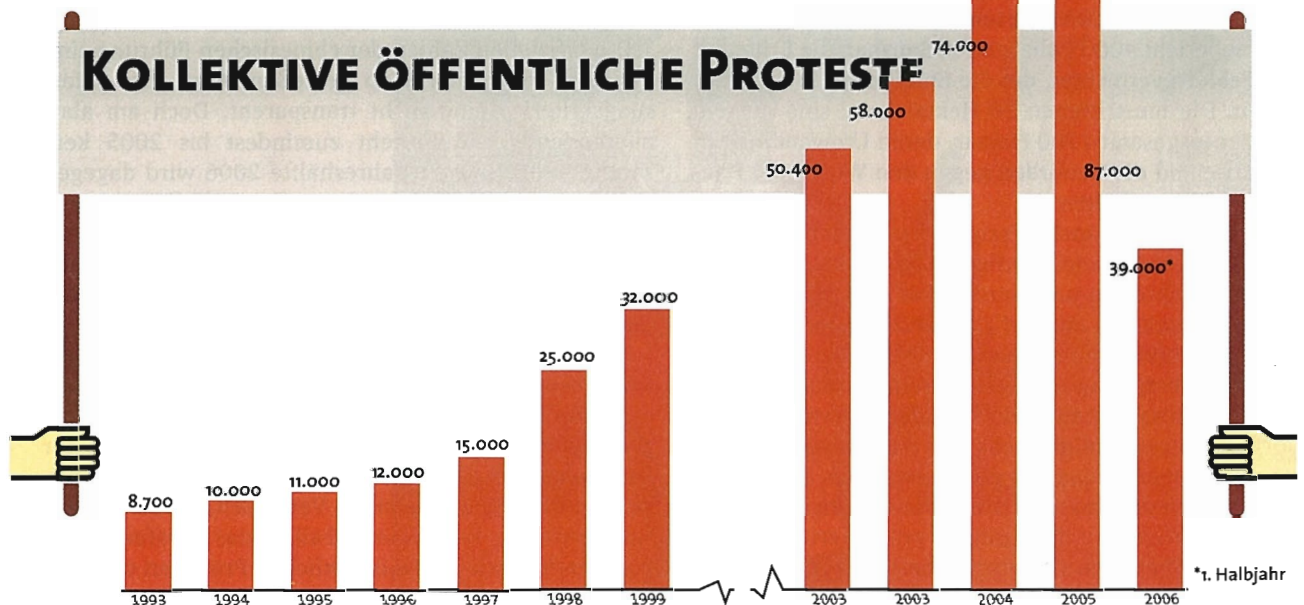
meint May Wong von Globalization Monitor. Diese in Hongkong ansässige Organisation analysiert die Arbeitsbedingungen in chinesischen Weltmarktfabriken und unterstützt die dort Beschäftigten in dem Versuch, unabhängige Interessenvertretungen zu gründen.

Die Protestwelle hat längst auch Angehörige der Mittelschicht erfasst. So demonstrierten im Oktober 2006 hundert ehemalige Angestellte der staatlichen Industrial and Commercial Bank of China (ICBC), und zwar am Tag vor deren Börsengang, der ein Volumen von 21,9 Milliarden US-Dollar umfasste und damit der weltweit größte Börsengang der Geschichte war. Die Proteste mit Spruchbändern für höhere Abfindungen vor einem Gewerkschaftsbüro löste Pekings Polizei jedoch schnell auf.<sup>6</sup>

Selbst Käufer von luxuriösen Eigentumswohnungen und Villen machen, wenn sie sich von Immobilienfirmen betrogen fühlen, ihrem Ärger inzwischen öffentlich Luft. So haben Mitte Januar 2007 etwa hundert Villenbesitzer der Pekinger Greenwich-Siedlung, die von einer Firma des Hongkonger Tycoons Li Ka-shing gebaut wurde, aus Protest gegen die schlechte Bauausführung Transparente an ihre Häuser und Autos gehängt.<sup>7</sup>

Auch Studenten, die bei der 1989 niedergeschlagenen Demokratiebewegung die treibende Kraft waren, gehen heute wieder auf die Straße. In zwei größeren Fällen des Jahres 2006 in der südlichen Provinz Jiangxi und in Shanghai ging es um die Frage der Anerkennung von Abschlüssen privater Hochschulen. Diese hatten sich um Studierende bemüht, die bei Aufnahmeprüfungen renommierter Universitäten durchgefallen waren, und ihnen gleichwertige Abschlüsse zugesagt. Als dem später das Bildungsministerium widersprach, fühlten sich die Studenten betrogen. Bei Protesten mit 8000 Teilnehmern an zwei privaten Hochschulen nahe Nanchang, der Hauptstadt von Jiangxi, kam es auf einem Campus zu Ausschreitungen. Nachdem die Regierung in

- 4 | Schucher, Günter, »Ein Gespenst geht um in China – das Gespenst sozialer Instabilität, China aktuell, Hamburg, Nr. 5 2006  
5 | Lum, Thomas, »Social Unrest in China«, CRS Report for Congress, Washington D.C., 8. Mai 2006  
6 | Reuters, 26. Oktober 2006  
7 | »Villa owners plan protest in Hongkong«, South China Morning Post, 15. Januar 07





Peking auf den Fall aufmerksam geworden war, verhinderte ein massives Polizeiaufgebot neue Proteste.<sup>8</sup>

Schon geringfügige Anlässe können Proteste auslösen und so weit eskalieren, dass ein großes Maß an Unzufriedenheit zutage tritt. So kam es Ende 2004 in einem Dorf in der Provinz Henan nach einem Verkehrsunfall, an dem ein Angehöriger der muslimischen Hui-Minderheit und ein Han-Chinese beteiligt waren, fünf Tage lang zu ethnischen Auseinandersetzungen mit mehreren Toten. Die Unruhen konnten erst mit Rückgriff auf die drastischen Maßnahmen des lokalen Kriegsrechts niedergeschlagen werden. Im November 2006 starb ein kleiner Junge, der Pestizide geschluckt hatte, in einem Krankenhaus in Sichuan. Als der Großvater ihn ins Krankenhaus brachte, verlangten die Ärzte angeblich eine Vorauszahlung, die er nicht leisten konnte. Während der Großvater Geld aufzutreiben versuchte, starb der Junge. Daraufhin bildete sich spontan eine aufgebrachte Menge von 2000 Menschen, die im Krankenhaus randalierten.

Beobachter sind sich einig, dass Proteste heute größer, häufiger, weiter verbreitet, länger anhaltend und gewalttätiger sind als noch vor einigen Jahren.<sup>9</sup> Nach wie vor jedoch machen sie sich vor allem an lokalen Ereignissen fest. So suchen demonstrierende Bauern bisher offenbar nicht den Kontakt zu Bauern, die anderswo protestieren, noch kooperierten sie mit Arbeitern oder Studenten. Und protestierende Arbeiter aus Staatsbetrieben kooperieren nicht mit Wanderarbeitern.

Als Hauptursache für Proteste gilt die zunehmend ungerechte Einkommensverteilung, insbesondere die wachsende Kluft zwischen ländlichen und städtischen Einkommen. Zwar sind auch die ländlichen Einkommen im Schnitt der letzten Jahre gestiegen, aber viel langsamer als in den Städten, wo inzwischen mehr als das Dreifache verdient wird. Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit von Gesellschaften misst,<sup>10</sup> beträgt in China inzwischen 0,47. 1978 hatte er noch bei 0,27 gelegen. Die als besorgniserregend geltende Schwelle von 0,40 wurde 2000 überschritten.

Und doch richten sich die Proteste fast ausschließlich gegen lokale Kader und Behörden. »Es bleibt unrealistisch, eine öffentliche Demonstration gegen eine Politik der Zentralregierung zu organisieren«, meint Lo Sze Ping, der bei Greenpeace China in Peking die Kampagnenabteilung leitet. Nichtregierungsorganisationen müssten ihre Kritik konstruktiv wenden, damit sie Wirkungen erzielen, erklärt Lo. Damit etwa die Regierung in Peking eine richtige Politik gegen die Interessen lokaler Regierungen und Firmen durchsetzen könne, sei es nützlich, wenn sie erfährt, dass ihre Umweltgesetze in einer bestimmten Provinz missachtet werden.

Tabu sind nach wie vor jegliche Proteste auf dem zentralen und symbolischen Tiananmen-Platz in Peking. Als 2004 ein Petitionssteller dort eine Kundgebung von 10.000 anderen Petitionsstellern aus dem ganzen Land anmelden wollte, wurde er umgehend wegen »Unruhestiftung« verhaftet. Auch jede Aktion der Sekte Falun Gong wertet die KP als Provokation. 1999 waren 10.000

schweigende Falun-Gong-Anhänger ins Regierungsviertel gezogen und hatten der KP einen Schreck versetzt, die darauf die Sekte verbot.

Die Regierung behält sich weiterhin das Recht vor zu entscheiden, welche Proteste sie duldet und welche nicht. Doch reagiert sie inzwischen flexibler auf Demonstrationen und setzt nicht nur auf Repression. Nicht selten haben in der Vergangenheit Polizei und Behörden durch drastische Maßnahmen Proteste erst angeheizt. Jetzt sind die Behörden oft gesprächs- oder sogar verhandlungsbereiter, was nicht ausschließt, dass sie später ihre Gesprächspartner als Rädelsführer festnehmen lassen.

Die bisherigen Proteste bedrohen die Macht der KP nicht unmittelbar. Das liegt an der organisatorischen Schwäche und fehlenden Vernetzung der sozialen Proteste sowie daran, dass sie keine übergreifende Agenda haben. Das allerdings könnte sich bei einer schweren nationalen Krise ändern, zumal wenn sich auch die bisher vom Regime erfolgreich kooptierten Intellektuellen oder Angehörigen der Mittelschicht stärker beteiligen würden. Dann könnten die Proteste sich auch auf die Außenpolitik der chinesischen Führung auswirken. Das hieße entweder, dass die Regierung, um die Probleme im Inneren lösen zu können, auf außenpolitische Stabilität angewiesen wäre und sich deshalb um diese besonders bemüht. Oder dass sie, um von den inneren Problemen abzulenken, zu außenpolitischen Abenteuern neigt.

Die jetzige Staats- und Parteiführung unter Hu Jintao hat bereits mehrfach ihre Besorgnis über die wachsenden Proteste und die soziale Schieflage geäußert und auch verschiedene Maßnahmen angekündigt, um gegenzusteuern. Besonders für die Bauern wurde mit der Abschaffung der Agrarsteuer und der verbesserten Kontrolle der Landumwandlungen einiges getan. Nicht zuletzt mit dem Konzept der »harmonischen Gesellschaft« will die Führung zeigen, dass sie sich der sozialen Probleme bewusst und um Ausgleich bemüht ist. Doch stören Proteste, so die weitere Botschaft, eben auch die Harmonie.

»Es ist offensichtlich, dass die Führung unter Hu Jintao nicht nur mit Repression arbeiten kann«, sagt Wong von Globalization Monitor. »Deshalb hat sie kleine Zugeständnisse gemacht. Doch weiß niemand, ob die Reformen auf den unteren Ebenen wirklich umgesetzt werden. Denn dort herrschen lokale Kader, die nicht von der Öffentlichkeit kontrolliert werden. Erst wenn es Bürgerrechte und politische Freiheiten gibt, kann die Bevölkerung ihre Rechte gegenüber skrupellosen Kadern und Beamten durchsetzen.«

Chinas Staats- und Parteiführung versucht dagegen im Interesse der Aufrechterhaltung ihres Machtmonopols die Regierungsführung ohne grundlegende politische Reformen effizienter zu machen. So sollen lokale Kader, auf denen die Macht der KP in den Provinzen basiert, stärker von der Zentrale kontrolliert werden. Damit könnte diese allerdings künftig auch selbst stärker zum Ziel von Protesten werden.

8 | »Hu briefed after thousands of Jiangxi students go on rampage«, *South China Morning Post*, 28. Oktober 2006, und »Police prevent mass student protest«, *South China Morning Post*, 30. Oktober 2006

9 | Jae Hoe Chung/Hongyi Lai/Ming Xia, »Mounting challenges to governance in China: Surveying collective protestors, religious sects and criminal organizations«, *The China Journal*, Canberra, Nr. 56, Juli 2006

10 | International üblicher Indikator zur Messung der Einkommensverteilung auf einer Skala von 0 für absolute Gleichheit bis 1 für völlige Ungleichheit. Vgl. auch die Grafik auf Seite 52.

Erstmals erschienen in *Le Monde diplomatique* vom März 2007

©2007  
*Le Monde diplomatique*, Berlin